



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⌘: Unsere Grenze im Nordosten. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Unsere Grenze im Nordosten.

1.

Die russische Zeitschrift „Rußkaja Starina“ begann vor einiger Zeit mit der Veröffentlichung einer Reihe von Erinnerungen an die Zustände und Ereignisse während des polnischen Aufstandes von 1863, die erst vor einigen Wochen abschloß. Diese Denkwürdigkeiten fanden zunächst in Rußland wenig und in Deutschland nur insofern Beachtung, als die „Deutsche Rundschau“ dieselben für unser Publikum zurechtmachte. Dagegen trat eine Stelle des Schlußartikels dieser Mittheilungen sofort den Weg durch eine Anzahl deutscher Blätter an, und zwar einmal weil er sensationeller Natur war, dann weil er eine directe Anklage gegen den Fürsten Bismarck erhob, indem demselben schuld gegeben wurde, versucht zu haben, sich mit der polnischen Insurgentenpartei gegen Rußland zu verständigen, und weil man irrthümlich annahm, der Verfasser, der sich N. W. Berg nannte, sei eine hochgestellte Persönlichkeit, nämlich kein Geringerer als der Graf Friedrich Wilhelm Remberg v. Berg, einst Statthalter von Polen und am 18. Januar 1874 zu St. Petersburg verstorben. Die „Deutsche Rundschau“ hatte schon im October vor dieser Verwechslung gewarnt, aber, wie das der journalistischen Oberflächlichkeit gegenüber zu gehen pflegt, vergeblich; denn nicht bloß größere deutsche und österreichische Blätter wie das „Berliner Tageblatt“ und die „Neue Freie Presse“, sondern auch der polnische „Czas“ und ein Correspondent des „Golos“ beharrten — die letzteren beiden übrigens schwerlich aus Irrthum — noch um die Mitte des December bei der Meinung, die aus einem wenig bekannten jüdischen Journalisten und Parteischriftsteller den wohlbekannten General und Statthalter gemacht hatte, der den obengenannten Aufstand niederschlug und dann die Russificirung Polens mit rückichtsloser Strenge in die Hand nahm.

Aber auch die „Enthüllungen“ jenes Berg selbst hatten, obgleich sie sehr bestimmt auftraten, keinerlei Anspruch darauf, auch nur annähernd wahrheitsgetreu zu sein, waren vielmehr perfide Erfindung. Nach demselben sollte im Jahre 1865

der Minister v. Bismarck den Generaladjutanten des Königs Wilhelm, v. Treßlow, zu dem in Dresden sich aufhaltenden Agenten der sogenannten polnischen Nationalregierung Klobuchowski abgesandt haben, um ihm mitzutheilen, er, Bismarck, habe die Absicht, nach Petersburg zu reisen, wo er Gelegenheit finden werde, an maßgebender Stelle über die Geschichte Polens zu verhandeln. Es frage sich nun, ob die Polen nicht eine Schwentung nach preussischer Seite hin machen und sich lieber deutscher Herrschaft unterwerfen als unter russischer Botmäßigkeit bleiben wollten. Im ersteren Falle werde er in Petersburg ein Abkommen vorschlagen, nach welchem Rußland wahrscheinlich die zum Weichselgebiet gehörigen Landstriche Polens abtreten werde. Klobuchowski habe darauhin mit dem vielgefeierten polnischen Schriftsteller Kraszewski gesprochen, um ihn zu einer Kundgebung in der von Bismarck gewünschten Richtung zu veranlassen, und Kraszewski habe jenem zwar erwiedert, er besitze weder Vollmachten noch gehöre er einer Partei an, ihm aber doch angerathen, sich an den Fürsten Czartoryski in Paris zu wenden, und ihm zu diesem Zwecke einen Empfehlungsbrief an letzteren übergeben. Mit diesem Schreiben sei Klobuchowski in der That nach Paris gereist, der Fürst aber habe dasselbe nicht einmal bis zu Ende gelesen, sondern ausgerufen: „Zu den Deutschen? Nimmermehr!“ Ob Bismarck dann wirklich Verhandlungen in Petersburg angeknüpft, sei unbekannt geblieben.

So die „Enthüllung“ des panslawistischen Journalisten in der „Rußkaja Starina“. Sie ist, wie wir wiederholen und sogleich mit einer offenbar aus bester Quelle geflossenen bündigen Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ begründen werden, von Anfang bis zu Ende erlogen*), und zwar zu dem Zwecke erlogen, den Reichskanzler bei der russischen Regierung und der öffentlichen Meinung zu verdächtigen und den Haß aller slawischen Stämme gegen Deutschland zu schüren; auch scheint die sensationelle Erfindung im Einklange mit gewissen polenfreundlichen Artikeln der panslawistischen Presse Rußlands zu stehen, die auf eine Versöhnung mit den Polen hinstrebten und als Zeichen der Zeit angesehen wurden. Wenn aber deutsche fortschrittliche Blätter das Bergsche Geschichtchen brachten und sich den Anschein gaben, es zu glauben, so mußte man sofort, daß dabei die Absicht obwaltete, gegen den Reichskanzler daraus in gewohnter Weise Kapital zu schlagen. Sie haben indeß damit die Rechnung ohne den Wirth gemacht und ein Dementi hervorgerufen, das nicht bloß ihnen in verschiedener Beziehung recht unangenehm sein muß, sondern auch weiter im Osten durch seine offene Sprache zu denken geben wird.

*) Dasselbe gilt von der später vom „Dien. Poznanski“ gebrachten Version der Geschichte, die dieselbe ins Jahr 1864 verlegt und Klobuchowski direct mit Bismarck verhandeln läßt.

Indem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ daran anknüpfte, daß die Berliner „Volkzeitung“ das tendenziöse Hiftörchen der „Rußkaja Starina“ mit der Bemerkung reproducirt hatte, dasselbe sei „nicht ganz aus der Luft gegriffen“, erklärte sie es zunächst für „vollständig erfunden und erlogen“. Es sei, so hieß es dann in dieser Abfertigung, nicht wahr, daß v. Treskow 1865 oder zu anderer Zeit nach Dresden oder überhaupt irgend wohin an einen Agenten der polnischen Nationalregierung abgesandt worden. Die preussische Regierung habe niemals mit einem solchen Agenten unterhandelt, und niemand im Ministerium des Auswärtigen habe von der Existenz eines Herrn Klobuchowski etwas gewußt. Niemals sei hier „das Maß von Unbekanntheit mit den Thatfachen vorhanden gewesen, welches erforderlich wäre, um zu glauben, daß man die Mitwirkung der polnischen Revolutionspartei zu dem Zwecke erlangen könne, die Abtretung irgend eines Theiles von Rußisch-Polen an Preußen herbeizuführen“.

Dann aber fuhr der Artikel, die Defensivität verlassend, fort: „Die Möglichkeit einer solchen Abtretung ist allerdings seit dem Tode Kaiser Alexanders I. wiederholt angeregt worden, aber nur durch russische Initiative in anti-polnischem Sinne, zur Erleichterung der Beherrschung der Polen. Namentlich ist von Seiten des Kaisers Nicolaus der Gedanke einer Abtretung nicht nur des linken Weichselufers, sondern auch Warschau's dem hochseligen Könige Friedrich Wilhelm IV. gegenüber mehr als einmal und zuletzt im Laufe des Krimkrieges nahegelegt worden, aber stets ohne Anklang zu finden, weil der König nicht geneigt war, das Verhältniß seiner polnisch sprechenden Unterthanen den deutschen gegenüber zu verstärken. Auch in späterer Zeit, bei dem Mißlingen der Versuche, die durch den Grafen Lambert, den Großfürsten Constantin und den Marquis Wielopolski gemacht wurden, wurde in russischen gouvernementalen Kreisen die Frage einer ‚neuen Theilung Polens‘ ventilirt, um einen Theil der Schwierigkeiten der Regierung des Weichsellandes auf Preußen zu übertragen und die Aufgabe Rußlands um so viel zu erleichtern, Warschau aber als einen beliebten Garnisonsort und mit Rücksicht auf seine fortificatorische Bedeutung zu behalten. Aber auch diesmal fanden die darüber nach Berlin gelangenden Mittheilungen dort an höchster Stelle kein Entgegenkommen, da der Glaube an den deutschen Beruf Preußens mindestens derselbe geblieben war wie zur Zeit des Krimkrieges und ein Zuwachs an polnisch redenden Preußen demselben nicht förderlich erachtet wurde.“

Das wäre denn die Auffassung der „polnischen Frage“, die preussischer- und russischerseits in den letzten Jahrzehnten obgewaltet hat. Früher aber herrschten in dieser Beziehung auf dieser wie auf jener Seite bis zu einem gewissen Punkte

wesentlich andere Anschauungen und Bestrebungen, und hieran in geschichtlicher Reihenfolge zu erinnern, ist die nächste Absicht der folgenden Betrachtungen.

Als 1795 die dritte Theilung Polens erfolgte, nahm sich Rußland außer dem Herzogthum Kurland alles, was bei der zweiten Theilung der Republik von Litthauen geblieben war, alles Land bis an den Niemen, eine gerade Linie von Grodno bis Brzesc-Litowski, und den oberen Bug, im Ganzen ein Gebiet von 2030 Quadratmeilen. Oesterreich erhielt das Land auf beiden Seiten der oberen Weichsel, hier bis zur Piliza, dort bis zum Bug, im Ganzen etwas über 1000 Quadratmeilen. Preußen endlich, das ungefähr 1300 Quadratmeilen beansprucht, aber mit dieser Forderung dem Einspruch der beiden andern Mächte, die bis zum Kriege zu gehen entschlossen waren, sich zu fügen hatte, mußte sich mit 697 Quadratmeilen begnügen. Es bekam Warschau, hatte aber auf Krakau zu Gunsten Oesterreichs zu verzichten.

Später, im Januar 1798, schrieb das französische Directorium seinem Berliner Gesandten, er solle der preussischen Regierung vorschlagen, aus den ihr zugefallenen polnischen Provinzen ein eigenes Reich unter einem Prinzen des Hauses Hohenzollern zu bilden und so die Wiederherstellung ganz Polens einzuleiten. Der betreffende Brief gelangte aber nicht an seine Adresse, sondern nach Petersburg. Hier wurde andrerseits 1805 durch den Fürsten Adam Georg Czartoryski bei Kaiser Alexander der Plan angeregt, den Umstand, daß Preußen sich weigerte, am Kriege Rußlands und Oesterreichs gegen Frankreich theilzunehmen, zur Erweiterung der russischen Grenzen bis an die Weichsel und über diese hinaus zu benutzen, wobei auch an Ostpreußen gedacht wurde. Die Polen der östlichen preussischen Provinzen sollten sich in Masse erheben, das Reich Polen sollte wieder erstehen und Alexander dessen König werden. Der Gedanke scheiterte daran, daß man russischerseits nicht die militärische Macht vereinigt hatte, die zu seiner Ausführung nöthig war, und daß Alexander im entscheidenden Augenblicke Bedenken empfand und von der Sache ab sah.

Der Krieg von 1806 und der Tilsiter Frieden sind bekannt. Preußen verlor durch letzteren, von Rußland, seinem Verbündeten, schmählich verlassen die Hälfte seines Länderbestandes, darunter seine polnischen Provinzen, und aus letzteren wurde das Großherzogthum Warschau gebildet, zu dessen nominellem Landesherrn Napoleon den König von Sachsen ernannte, während er selbst der eigentliche Herr blieb. Für das preussisch gewesene Polen war die deutsche Verwaltung im Ganzen ein Segen, für Preußen selbst aber war sie kein Gewinn gewesen. Bis auf den heutigen Tag sind dort die deutlichen Spuren jener gerechten und auf Hebung der Cultur bedachten Verwaltung zu finden, während andrerseits die damalige Entartung des preussischen Systems wesentlich auf eine übermäßige Anspannung der Kräfte des Staates zu Gunsten des schwer

zu assimilirenden Besitzes an der Weichsel zurückzuführen ist. Es war daher nichts weniger als ein Glück, daß nach dem Siege, den die Verbündeten 1813 über Napoleon erfochten, der Wiener Congreß Preußen nöthigte, sich für die Abtretung eines Theils des eroberten Sachsens mit einem Stücke des früher von ihm besessenen polnischen Gebietes entschädigen zu lassen, zumal es dadurch eine militärisch schlecht abgerundete Grenze bekam.

Der Kaiser Alexander hatte in Wien die Wiederaufrichtung des Reiches Polen im Auge und beanspruchte zu diesem Zwecke, daß ihm mit Ausnahme Großpolens bis zur Proszna das gesammte Herzogthum Warschau überlassen werde. Das widersprach entschieden früheren Uebereinkünften. Schon nach der dritten Theilung Polens, im Jahre 1797, hatte Rußland Preußen und Oesterreich gegenüber Verpflichtungen übernommen und Vorbehalte unterzeichnet, die mit seinem jetzigen Begehren nicht im Einklange standen. Später hatte es in dem am 27. Februar 1813 zu Kalisch abgeschlossenen Vertrage mit Preußen letzterem die Abrundung seiner verschiedenen Provinzen zu einem von den Verhältnissen, die es vor dem Kriege von 1806 gehabt, unabhängigen Staatskörper zugesagt und dem Könige Friedrich Wilhelm ausdrücklich außer seinen gegenwärtigen Besitzungen besonders Ostpreußen verbürgt, mit welchem zugleich ein Gebiet vereinigt werden sollte, das diese Provinz in jeder militärischen und geographischen Beziehung mit Schlesien verbände. Vier Monate später hatte die russische Regierung in dem zwischen ihr und der preußischen und österreichischen zu Reichenbach vereinbarten Vertrage Auflösung des Herzogthums Warschau und Vertheilung der dasselbe bildenden Landstriche unter die drei contrahirenden Mächte nach deren Anordnungen versprochen. Endlich war im Teplitzer Vertrage vom 9. September 1813 eine freundschaftliche Vereinigung Preußens, Oesterreichs und Rußlands über das Herzogthum Warschau zu Stande gekommen.

Der Freiherr v. Stein, welcher an den Verhandlungen über diese Verträge theilgenommen, machte dem Kaiser Vorstellungen, indem er ihm schrieb, die von ihm verlangte Grenze von Thorn über Kalisch nach Krakau bedrohe Preußen und Oesterreich und stelle außerdem gegen ersteres „eine Linie mit einspringendem Winkel in Ost- und Westpreußen auf, welche so wunderbar und unregelmäßig sei, daß sie selbst in Friedenszeiten jede Verwaltungsmaßregel hemme“.

Als diese Mahnung unwirksam blieb, schritt England ein. Castlereagh übersandte dem Kaiser Alexander eine Note, in der er, vom Kalischer Vertrag ausgehend, mit großem Nachdruck die Gefahren betonte, die sich aus dessen Begehren für die Ruhe Preußens, Oesterreichs und ganz Europas ergeben müßten, Gefahren, welche namentlich die an die Polen gerichtete Aufforderung in sich schloß, sich um Rußlands Kaiser zu schaaren und an der Wiedergeburt ihres Vaterlandes zu arbeiten. Wenn, so sagte der brittische Diplomat am

Schlusse seiner Deduction, der Kaiser die Wiederherstellung eines polnischen Reiches dennoch für sittliche Pflicht halten sollte, so könnte diese nicht dadurch erfüllt werden, daß man zwei Drittel des alten Gebiets der Republik zu einem Kriegswerkzeuge in der Hand einer einzelnen Macht gestalte, sondern nur dadurch, daß die Polen wirklich wieder „in liberaler Weise“ zu einem politisch unabhängigen Volke erhoben würden. Einer solchen Maßregel würde ganz Europa seinen Beifall schenken. Bestände dagegen der Kaiser auf seinen Forderungen, so sei es nicht möglich, dem Congreß einen Plan zur Herstellung eines geordneten Zustandes in Europa vorzulegen; Preußen und Oesterreich könnten nicht Anordnungen zustimmen, durch die sie ohne militärische Grenzen gelassen würden.

Ghe der Kaiser diese Note beantwortete, besprach er sich mit seinen leitenden Staatsmännern Capodistrias und Pozzo di Borgo, und da diese seine Pläne mit Polen ähnlich wie Castlereagh mißbilligten, ließ er die Erwiederung auf die Vorstellungen des letzteren von Adam Czartoryski und Baron Anstett ausarbeiten. Es hieß darin, was die zu Kalisch und Reichenbach eingegangenen Verpflichtungen Rußlands betreffe, so seien sie „nur Theile eines eventuellen, für einen bestimmten Fall geschlossenen Vertrags“, gültig nur in der Voraussetzung, daß der europäische Friede auf der damals von Oesterreich vorgeschlagenen Grundlage zu Stande komme. Seitdem habe der Erfolg des Krieges viel beträchtlichere Eroberungen, eine veränderte Weltlage und für Preußen und Oesterreich andere Friedensbedingungen, „erstaunliche Vergrößerungen“, herbeigeführt, und so habe auch Rußland das Recht erworben, eine weniger beschränkte Entschädigung zu erhalten. Schon habe der Kaiser Preußen Danzig, Oesterreich die Salzwerke von Wieliczka überlassen; auch der beste und volkreichste Landstrich des Herzogthums Warschau solle an Preußen abgetreten werden. Was Rußland dann bleibe, sei ein verwüstetes Gebiet mit nur 2200000 Einwohnern und 8 Millionen Einkünften. Dasselbe begünstige keineswegs einen Angriff auf Wien oder Berlin, sei vielmehr als abgeschnitten zu betrachten, wenn Preußen und Oesterreich sich zum Kriege gegen Rußland vereinigten. Die Herstellung des Namens Polen bedrohe die Nachbarn mit keinerlei Gefahr; denn der Kaiser sei erbötig, denselben ihre polnischen Besitzungen förmlich zu garantiren. Die Nationalität aber, die er den Polen zurückgeben wolle, sei das sicherste Mittel, deren Unruhe zu beschwichtigen. Im Allgemeinen hatte Czartoryski in seiner Denkschrift nach der Stimmung, die den Kaiser Alexander beherrschte, den Ton der verkannten und schwer gekränkten Unschuld angeschlagen. Noch mehr war dies in dem Begleitschreiben der Fall, wo Alexander in Person sprach, und wo es u. a. hieß: „Die Reinheit meiner Absichten macht mich stark, Mylord, die Pfeile des Mißtrauens werden mich nicht treffen, und wenn ich

an der Ordnung der Dinge festhalte, die ich in Polen herstellen möchte, so geschieht dies, weil ich im Gewissen die innige Ueberzeugung hege, daß ich damit mehr zum allgemeinen Besten handle als zu meinem eignen Vortheile.“

Daß dieses Schriftstück den Gang der Politik ändern werde, erwartete der Kaiser selbst schwerlich. Dagegen war etwas zu gewinnen, wenn der König von Preußen sich von der Harmlosigkeit der russischen Pläne überzeugen ließ, und dies wurde von Alexander, der recht wohl wußte, wie er seinen Freund zu nehmen hatte, ohne Verzug versucht. Er lud ihn am 6. November zum Mahle im vertrautesten Kreise ein*), „führte eine bewegte Scene herbei und machte die Unterstützung der russischen Ansprüche durch Preußen zu einer Sache des Gefühls, der Freundestreue. Der Kaiser berief sich in beredter Weise auf die Freundschaft, die sie beide verbände, auf den Werth, den er ihr beilegte, auf alles, was er gethan, um sie zu einer ewigen zu machen. Er habe, so fuhr er fort, seinen Ruhm stets in der Wiederherstellung eines Königreichs Polen gesucht, und jetzt, wo er auf dem Punkte stehe, diesen lang genährten Wunsch in Erfüllung gehen zu sehen — sollte er da den Schmerz erleben, in den Reihen derer, die sich ihm widersetzen, auch den geliebtesten seiner Freunde zu zählen, den einzigen Fürsten, auf dessen Gesinnung er stets gebaut habe!“ Einem solchen Angriff war Friedrich Wilhelm, den auch die Tilsiter Erfahrung in seinem Glauben an Alexander nicht beirrt hatte, nicht gewachsen, er sagte dem Kaiser seine Unterstützung bei dessen Absichten auf Polen zu. „Es ist nicht genug, daß Sie in dieser Stimmung sind, auch Ihre Minister müssen sich ihr fügen“, bemerkte Alexander und bewog, um das Eisen zu schmieden, so lange es noch warm war, den König, sofort Hardenberg herbeirufen zu lassen. Derselbe erschien, der Kaiser bemächtigte sich gewandt des Wortes, wiederholte ihm, was er dem Könige gesagt, und was dieser treue Freund ihm versprochen, und ließ, als Hardenberg Einwendungen machen wollte, ihn nicht ausreden. Im Namen des Königs sprechend fragte er den Minister, ob er dessen Befehlen nicht gehorchen wolle, und Hardenberg — der kein Bismarck war — mußte sich fügen. Er dachte einen Augenblick daran, sich vom öffentlichen Dienste zurückzuziehen, fand aber dann, daß es besser sei, zu bleiben, um Schlimmeres zu verhüten. Er bemühte sich fortan fast nur noch, Alexander zu bewegen, das Eine und das Andere von seinen Forderungen zu Gunsten einer friedlichen Ausgleichung fallen zu lassen, und er hatte damit, allerdings in sehr bescheidenen Grenzen, Erfolg.

*) Wir folgen hier und in einem Theile des Vorhergehenden v. Bernhardis „Geschichte Rußlands“, Th. I S. 56—120, später der Abhandlung Niemanns „Der Vertrag von Kalisch und unsere Ostgrenze“ im letzten Jahrgange von Raumer's Historischem Taschenbuche.

Daß Preußen seiner Politik auf diese Weise eine Wendung gab, die ihm England entfremdete, dem es nur darum zu thun war, Rußland vom Herzen Europas fernzuhalten und darum die Wiederherstellung Polens unter russischer Oberherrschaft zu vereiteln, ist vielfach getadelte worden, und nicht mit Unrecht. Indes war, wie Bernhardi zu bedenken giebt, die Lage Preußens in der That eine schwierige. England war immer eigenmüthig und unzuverlässig gewesen, und der Tory Castlereagh neigte viel weniger zu Preußen, das einer freisinnigen Entwicklung zustrebte, als zu Oesterreich hin. Letzteres willigte nur mit starkem Widerstreben in die Vereinigung Sachsens mit Preußen. Frankreich widersprach derselben geradezu. „Kam es zu einem europäischen Kriege, an dem Preußen gegen Rußland theilnahm, so wagte möglicherweise niemand, ihm den Besitz Sachsens streitig zu machen. Anders konnte sich die Sache verhalten, wenn der Kaiser Alexander zu friedlichem Ausgleich in eine Theilung des Herzogthums Warschau willigte. Dann wurde gewiß von vielen Seiten der Einwand erhoben, daß Preußens gerechten Ansprüchen durch seine Erwerbungen in Polen Genüge geschehen sei, und es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob England alsdann noch ein Neuzerstes daran gesetzt hätte, ihm Sachsen zu verschaffen. Eine starke Vergrößerung nach Polen hin war aber für den preussischen Staat — wie oben schon angedeutet — unter allen Umständen von sehr zweifelhaftem Werthe, und sie mußte geradezu verderblich werden, wenn dieser Staat nicht zu gleicher Zeit eine entsprechend größere Ausdehnung und festere Stellung innerhalb Deutschlands gewann. Slawische Elemente in größerem Maße in den Staatsverband aufgenommen, eine zahlreichere polnische Adelsbevölkerung, noch mehr slawische und katholische Kleriker, ein unheilbar krankes Glied im Organismus, das sind Dinge, welche den Vortheil einer etwas besseren militärischen Grenze bei weitem überwogen hätten.“ Wie man darüber aber auch urtheilen möge, ein unverzeihlicher Fehler war es ohne Zweifel, daß die preussische Regierung sich der Unterstützung ihrer Forderungen durch Rußland, auf das sie jetzt allein noch rechnen durfte, nicht in bestimmt bindender Form zu versichern bemüht war, und dieser Fehler fällt hauptsächlich Hardenberg zur Last.

Die noch folgenden Verhandlungen über die Angelegenheit können wir nur kurz erwähnen. Die russische Widerlegung der Note Castlereaghs beantwortete dieser im wesentlichen damit, daß Verträge durch spätere, nicht vorhergesehene Erfolge nicht aufgehoben werden könnten, daß also der Umstand, daß Preußen und Oesterreich nach andern Seiten hin Gebiete erworben hätten, dem Kaiser nicht das Recht gebe, die Verträge von Kalisch und Reichenbach in Betreff Polens für erloschen zu betrachten und allein über das Herzogthum Warschau zu verfügen. Das Interesse Europas erheische, daß Preußen und Oesterreich

nicht der Abhängigkeit von Rußland verfielen, und deshalb müßten sie eine genügende militärische Grenze nach Osten hin haben. Der persönliche Charakter sei keine Bürgschaft für Verhältnisse, welche Dauer haben sollten.

Die russische Entgegnung auf diese vom 6. November datirte Note erfolgte am 21. Sie wiederholte in der Hauptsache nur das früher von Seiten des Kaisers Alexander Behauptete und erinnerte an die Anstrengungen, die er gemacht, und daran, daß er seit dem Uebergang über die Oder nicht mehr für sich selbst, sondern für die Interessen seiner Verbündeten gekämpft habe — was beiläufig dem Verlaufe der Begebenheiten nicht entsprach. Dann suchte die Denkschrift darzuthun, daß die Vereinigung des ganzen Herzogthums Warschau mit Rußland im Vergleich mit den gerechten Ansprüchen dieses Staates und mit den Erwerbungen Preußens, Oesterreichs und Englands eigentlich kaum genüge. Indes sollten die aus den Verträgen von Kalisch und Reichenbach abgeleiteten Forderungen Preußens und Oesterreichs doch jetzt nicht mehr als durch den unerwarteten Erfolg der verbündeten Waffen beseitigt gelten und Rußlands Ansprüche nicht mehr unbedingte sein. Nur die Vermittlung Englands lehnte Alexander ab, die Parteien würden sich besser selbst mit einander verständigen.

So konnte Hardenberg sein Vermittlergeschäft mit etwas mehr Aussicht auf Erfolg betreiben. Am 23. November hatte er eine Unterredung mit Alexander, in der er ihm die Ansprüche Oesterreichs, welches den Zamoscer Kreis bis zur Nibda und Krakau mit den Salzwerken von Wieliczka forderte, und diejenigen Preußens, welches Thorn und die Grenzlinie der Wartha verlangte, vortrug. Der Kaiser hörte ihn ruhig an und schien wenigstens zum Theil auf diese Forderungen einzugehen. Am 27. ließ er dem preussischen Staatskanzler durch Czartoryski eine Erklärung zustellen, in der er sich unter der Bedingung, daß alle streitigen Fragen, Polen, Sachsen und Mainz betreffend, in eine Unterhandlung zusammengefaßt würden, bereit zeigte, „Opfer zu bringen“, und seine Verpflichtung anerkannte, Preußen wenigstens die Wiederherstellung des Zustandes von 1805 zu sichern. Sachsen müsse demnach ungetheilt mit Preußen vereinigt, Mainz aber deutsche Bundesfestung werden. Thorn und Krakau endlich möge man zu unabhängigen und neutralen Freistaaten erklären.

Der preussische Staatskanzler war hiermit nicht zufrieden, er beklagte sich am 2. December bei Metternich, daß Preußen im Vergleich mit den kleineren deutschen Staaten und Holland zu schlecht bedacht werde. Er bekam zur Antwort, hätte Preußen im Einverständniß mit Oesterreich und England gehandelt, so hätte es alles, was es gewollt, von Rußland verlangen können — eine Behauptung, die nicht zutrif, da Oesterreich schwankte, indem es zwar gern das

Näherrücken Rußlands, aber ebenso gern die Vergrößerung Preußens durch Sachsen verhindert hätte.

In der schlimmen Lage, in der sich Preußen, jetzt von England verlassen, Oesterreichs Mißgunst und Frankreichs Ränken gegenüber befand, schrieb Hardenberg am 3. December an Metternich ein höchst unglücklichstes Billet, in welchem es zunächst hieß, nur England habe die Weichsellinie verlangt und zwar vergeblich, Preußen und Oesterreich hätten ihre Ansprüche seit geraumer Zeit schon auf Thorn und die Linie der Wartha, auf Krakau und Zamosc beschränkt, die Zeit, mehr zu fordern, würde die gewesen sein, wo man in Reichenbach und Teplitz verhandelt habe, Thorn und die Warthagrenze verlange Preußen noch jetzt, Drohungen gegen Rußland würden die nothwendige Einigkeit gestört und eine feste Ordnung der Dinge unmöglich gemacht haben, und in welchem der Staatskanzler zuletzt die unverantwortliche Aeußerung that: „Machen Sie Mittel ausfindig, theurer Fürst, die Lage der Dinge, in der wir uns unglücklicherweise befinden, zu Ende zu bringen. Retten Sie Preußen aus seinem gegenwärtigen Zustande. Es kann nicht aus diesem schrecklichen Kampfe, worin es so große und edle Anstrengungen gemacht hat, und zwar ganz allein, in einem beschämenden Zustande von Schwäche hervorgehen und zusehen, wie sie sich alle vergrößern, abrunden, Sicherheit gewinnen, und zwar größtentheils durch seine Anstrengungen. Man kann ihm doch mit irgend einem Schatten von Recht nicht zumuthen, daß es ganz allein so schmerzliche Opfer bringe, bloß zur Satisfaction der anderen. Eher müßte es von Neuem Alles aufs Spiel setzen.“ — „Ihr erhabner Monarch, theurer Fürst, ist die Geradheit, die Aufrichtigkeit, die Gerechtigkeit selbst. An ihn appellire ich.“ Dann folgten etliche Verse aus dem „Rheinischen Merkur“, die mit den Worten begannen:

„Fleuch, Zwietracht, fleuch von unsern Gauen! Weiche,
Du Ungeheuer mit dem Schlangenhaar!“

und mit dem Wunsche endigten:

„Und wo der teutschen Sprache Laute tönen,
Erblicke nur ein Reich des Kräftigen und Schönen.“

Dieser Versuch, Metternich durch Nüßrung zu gewinnen, sieht an sich schon höchst seltsam aus. Sich in solcher Weise in die Arme des Kaisers Franz, dieses Mannes mit dem steinharten Herzen, dieses bitteren Feindes Preußens zu werfen, sich ihm beinahe auf Gnade und Ungnade zu übergeben, wäre unter allen Umständen ein arger Mißgriff gewesen. Die Appellation war aber jetzt doppelt am unrechten Orte, da Metternich und Castlereagh sich in dieser Zeit bereits fast ganz unter dem Einflusse Talleyrands befanden und Oesterreich den Entschluß gefaßt hatte, durch sein Verhalten zur sächsischen Frage seine Rolle

als Schirmvogt der kleinen deutschen Staaten zu beginnen, wie Gagern berichtet, afin de ne laisser ce rôle à la France.

So schleppten sich die Verhandlungen mit steigender Erbitterung den December 1814 und den Januar 1815 hindurch fort, es kam zuletzt zu einer geheimen Coalition Oesterreichs, Englands und Frankreichs, der Kaiser Franz sprach offen von Krieg und erklärte in einem Gespräche mit Abgeordneten der ehemaligen Reichsritterschaft: „Der König von Sachsen muß sein Land wiederhaben, sonst schieße ich.“

In dieser Erhitzung trat Castlereagh, der sich inzwischen besonnen, daß man in England keinen neuen Krieg, sondern Frieden wollte, besänftigend ein. Er erklärte in einer Conferenz am 9. Januar mit Nachdruck zu Protokoll, daß man die Frage, wie Preußen durch einen Theil Sachsens entschädigt werden solle, von der Entscheidung der Mächte, nicht, wie bisher von den drei Verbündeten beabsichtigt worden, vom Willen des Königs Friedrich August abhängig machen müsse, und blieb dabei, obgleich Kaiser Franz ihn persönlich umzustimmen versuchte. So kamen die Dinge endlich wieder in die Bahn ruhiger Erörterung, und es handelte sich nur noch darum, wie viel Preußen von Sachsen erhalten solle. Ende Januar wurde allein noch über die Abtretung von Leipzig und der Festung Torgau verhandelt. Oesterreich erbot sich, um Sachsen beide Städte zu erhalten, von dem galizischen Kreise Tarnopol einen Strich mit 200 000 Seelen an Rußland zu überlassen, wenn dieses dafür ein Stück Land an der Wartha mit ebensoviel Einwohnern an Preußen abtreten wolle. Der Kaiser Alexander lehnte diesen Vorschlag ab, und so wurde durch Castlereaghs Bemühungen Torgau für Preußen und Leipzig für Sachsen bestimmt.

Der Kaiser von Rußland trägt also die alleinige Schuld, daß Preußen nicht mindestens die Grenzlinie Thorn-Wartha bekommen hat. Stein sagt in dieser Beziehung über ihn mit gutem Grunde: „Der Kaiser Alexander erscheint in dem Lichte, das Vertrauen, welches ihm seine Bundesgenossen schenkten, mißbraucht zu haben, um die Entscheidung der polnischen Angelegenheiten bis zu einer Zeit auszusetzen, wo er Alles zu seinem Vortheile vorbereitet und eine drohende und entscheidende Stellung angenommen habe.“ Niemann aber ergänzt dieses Urtheil mit gleichem Rechte a. a. Orte (S. 38 fg.) dahin, „daß Alexander einen Mißbrauch mit dem Dankbarkeitsgeföhle des Königs Friedrich Wilhelm getrieben hat. Ihm lag vor Allem daran, Preußen in eine unbedingte Abhängigkeit von Rußland zu bringen, was ihm auch in dem Grade gelang, daß dieselbe bis zum Jahre 1866 oder bis zur Wiederaufrichtung des deutschen Reiches gedauert hat.“ — „Er hat gehandelt, wie Parteien in einem Prozeß, die den gegnerischen Anspruch für gerechtfertigt erachten müssen, zu handeln pflegen,

indem sie alle Mittel anwenden, um den Gegner zu ermüden und durch Winkelzüge im Vergleichswege das zu erreichen, was sie im Wege Rechtsens nicht erlangen können.“



Die geschichtliche Entwicklung der orientalischen Frage.*)

Von Georg Winter.

(Schluß.)

In der Mitte zwischen den stets zum offenen Aufruhr geneigten, z. Th. panslawistischen Phantomen ergebeneu christlichen Bevölkerungen und dem fortwährenden Drängen der europäischen Mächte nach Reformen fristet die Türkei auf europäischem Boden nur ein kümmerliches Dasein, und wer wollte sagen, wie lange ihr auch nur dies noch möglich sein wird? Wir wollen hier nur an die endlosen Verwicklungen erinnern, welche durch die sogenannte ägyptische Frage zur Zeit des Vicekönigs Mehemed Ali der Pforte erwachsen (1839—41).**)

Was dem Sultan Mahmud in Bosnien in eben jener Epoche mißlungen war, das gelang dem Vicekönig von Aegypten in seinem Lande: er wußte sich von der Herrschaft seiner Truppen zu emancipiren und dieselben nach europäischem Muster umzugestalten; zugleich hob er das materielle Wohlsein durch zwar despotische, aber dem Charakter des Landes entsprechende administrative und industrielle Maßregeln. Als er aber, auf die Macht, die er so erlangt, gestützt, seine Kräfte gegen den Sultan, seinen Oberherrn, selbst zu wenden sich anschickte, gab dies sofort wieder den Anlaß zu einer europäischen Verwicklung; es gab selbst einen Moment, in welchem ein allgemeiner Krieg aus dieser Frage zu entstehen drohte, indem Frankreich und anfangs auch England für Mehemed Ali, Rußland und Oesterreich aber für die Pforte Partei nahmen. Erst als

*) Serbien und die Türkei im 19. Jahrhundert. Von Leopold von Ranke. Leipzig, Dunder & Humblot, 1879.

***) Vergl. darüber die lichtvollen Ausführungen Rankes im dritten Abschnitte seines neuen Werkes, S. 333 fg. Man wird hier das Geschick des großen Historikers, die Ereignisse aus ihrer Isolirtheit herauszuheben und sie im Zusammenhange der Weltbegebenheiten erscheinen zu lassen, um so mehr bewundern, als seine Darstellung ausschließlich auf den diplomatischen Verhandlungen zwischen den europäischen Mächten beruht, die, zunächst immer auf dem Interesse der Mächte selbst basirend, ein recht sprödes und trockenes historisches Material repräsentiren.